

1. MAI 2025
REDE VON PIERRE-YVES MAILLARD

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Dieser erste Mai 2025 ist etwas ganz Besonderes. In unseren Demonstrationen schliessen sich uns neue Menschen an, in unseren Reden werden neue Gefahren angesprochen. Die Siege oder Zuwächse der extremen Rechten in den USA, Deutschland, Italien, Österreich, Argentinien, Israel und so vielen anderen Demokratien lösen Besorgnis aus und führen zu neuen und heilsamen Mobilisierungen. Auch die Kriege in der Ukraine und im Gazastreifen rufen Empörung und Befürchtungen hervor, ebenso wie die diktatorischen und fanatischen Vorstösse im Iran, in der Türkei, in Russland, in China und anderswo.

Unsere Welt scheint aus den Fugen zu geraten, und der traditionelle Mobilisierungstag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der erste Mai, erhält eine neue Dimension. Man verspürt das Bedürfnis, zusammen zu sein, sich zu zeigen, Widerstand und Opposition gegen diese Bedrohungen auszudrücken.

Für viele Menschen, die in diesen unruhigen Zeiten nach Hoffnung suchen, wird die organisierte und mobilisierte Arbeitswelt zu einer Ressource, fast zu einem Zufluchtsort.

Wir tragen also eine Verantwortung. Und diese Verantwortung ist umso grösser, als in den Demokratien, die von innen heraus angegriffen werden, immer noch nicht die politischen Kräfte des Fortschritts und der Solidarität die Stärke zeigen, die wir so dringend brauchen würden.

Trotz der Dringlichkeit des Augenblicks zeigen weiterhin zu oft die sogenannten fortschrittlichen politischen Kräfte Weichheit, falsche Zugeständnisse oder sektiererische Radikalität. So bleiben diese Kräfte in zu vielen Demokratien wirkungslos.

Die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung können ein mangelhaftes politisches Angebot nicht ersetzen. Das ist auch nicht unsere Aufgabe. Aber wir haben die Verantwortung, Einfluss auf die Politik zu nehmen und den Bedürfnissen und Wünschen der Arbeitswelt im politischen Feld Gehör zu verschaffen.

Das haben wir in den letzten Jahren getan. Wir haben im Wahljahr 23 eine grosse Demonstration für Löhne und Kaufkraft organisiert. Ein angemessenes Einkommen zu bekommen als Gegenleistung für ein Arbeitsleben wurde so zu einem unumgänglichen Thema in der öffentlichen Debatte gemacht. Durch feministische Streiks und historische Mobilisierungstage am 14. Juni haben wir das Thema der Gleichstellung von Mann und Frau zu einem Muss gemacht. Mit unseren Siegen für die 13. AHV-Rente, gegen die Senkung der BVG-Renten und gegen die rechte Initiative zur generellen Erhöhung des Rentenalters haben wir das politische Kräfteverhältnis beim zentralen Thema Renten und Pensionierung verändert.

In der Europafrage haben wir erfolgreich gegen ein Rahmenabkommen mit der EU gekämpft, das unseren Lohnschutz und den Service public grundlegend geschwächt hätte. Heute gibt es einen neuen Entwurf. Alle, die unseren Widerstand gegen das Rahmenabkommen kritisiert haben, sagen heute selbst, dass dieser neue Entwurf besser ist als der vorherige, was auch stimmt. Trotzdem ist das Ergebnis der Verhandlungen mit der EU nicht zufriedenstellend. Schwächungen wichtiger Instrumente zum Schutz unserer Löhne und unserer öffentlichen Dienstleistungen bleiben bestehen. Deshalb sind wir hart geblieben und haben gefordert, dass diese Schwächungen im innerstaatlichen Recht ausgeglichen werden.

Der Bundesrat scheint uns in der Lohnfrage endlich anhören zu wollen. Er hat auf der Grundlage unserer Vorschläge vierzehn Massnahmen vorbereitet, mit denen die Schwächen des Verhandlungsergebnisses behoben werden können.

In der Stromfrage hingegen will er der Europäischen Union nachgeben und eine vollständige Öffnung dieses Sektors für die Marktmechanismen durchsetzen. Dabei hat man erst kürzlich wieder in Spanien und Portugal gesehen, wie strategisch und sogar schlichtweg existenziell dieser Sektor ist. In diesem Sektor hat die Marktlogik überall zu Spekulation, Unterinvestitionen und Verschwendung geführt. Aber dieser Wahnsinn ist leider nicht aus den Köpfen der europäischen und schweizerischen Bürokraten und Lobbyisten verschwunden. Wir müssen diesen Wahnsinn mit einem Referendum gegen dieses Abkommen heilen.

Auch in diesen Debatten über die Beziehung zur EU spielen wir unsere Rolle: die Interessen der Arbeitswelt zu verteidigen, diese Interessen als Kompass zu haben, vor allen anderen Überlegungen. Wir opfern diese Interessen nicht dem, was die Medien, und alle herrschenden Mächte als die übergeordneten Themen bezeichnen.

Sei es die europäische Integration, die nationale Wettbewerbsfähigkeit oder der Kampf gegen Kriegsdiktaturen - wir glauben nicht, dass die Rechte und Interessen derjenigen, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen, ihnen geopfert werden sollten.

Erstens, weil es nicht gerecht wäre. Und zweitens, weil es kontraproduktiv wäre. Jede Schwächung der Lebensbedingungen derjenigen, die den Wohlstand in dieser Welt produzieren, führt nur zu einer Zunahme der Gefahren, die all die Dinge bedrohen, die es zu verteidigen gilt.

Das ist unsere Verantwortung. Liebe Kolleginnen und Kollegen: die Arbeitswelt zu verteidigen, was heisst eine bessere soziale Gerechtigkeit, und eine gerechte Verteilung des durch unsere Arbeit erzeugten Reichtums zu bekommen.

Das ist, was uns über ethnische, religiöse und sexuelle Unterschiede hinweg zusammenbringt. Das ist, was Solidarität statt Hass hervorbringt.

Ich habe es gesehen, wir alle sehen es, in allen konkreten Kämpfen der letzten Zeit, beim Streik am Flughafen Cointrin, beim Kampf von Stahl Gerlafingen, bei Vetropack, bei unseren Mobilisierungen für unsere Kollektivverträge, in unseren Versammlungen: wenn wir unsere Gewerkschaftsarbeit machen, sieht man überall Solidarität am Werk, ganz konkret. Für Hass gibt es keinen Platz.

Die Unterschiede verblassen und das gegenseitige Verständnis wächst.

Das ist es, was wir noch mehr in diese kippende Welt einbringen müssen: uns besser und mehr organisieren, keine Ungerechtigkeit an uns vorbeiziehen lassen, ohne gemeinsam zu kämpfen,

den Mächten nicht nachgeben, die uns immer für alle Krisen bezahlen lassen wollen. Auf diese Weise werden wir der extremen Rechten widerstehen.

Man sollte sich nicht täuschen lassen. Die extreme Rechte steigt auf, weil die herrschenden Wirtschaftsmächte sie aufsteigen lassen wollen. Wir müssen diese Täuschung entlarven. Die extreme Rechte ist nicht die Antwort auf die Probleme, die diese ungerechte Welt mit sich bringt, in der sich die Milliardäre auf Kosten des Volkes grenzenlos bereichern. Sie ist im Gegenteil die Lösung, die die Milliardäre gefunden haben, um dieses ungerechte und gefährliche Modell der Weltorganisation zu verlängern.

Es ist unsere Aufgabe, diese Klarstellung dem Volk zu bringen. Aber wir können diese Klarheit nur dann schaffen, wenn wir effizient, vereint, organisiert, zahlreich und kompromisslos die Interessen der Arbeitswelt verteidigen. Dann werden wir gegen den Hass, der Solidarität, ihre beste Chance geben.

Zum Abschluss möchte ich an eine grosse Dame der Gewerkschaftsbewegung und der Geschichte unseres Landes denken, die soeben von uns gegangen ist. Hier und an diesem Tag ganz besonders denke ich an Christiane Brunner, die ich wie so viele von Ihnen bewundert, respektiert und geschätzt habe.

Sie hat sich Liliane Valceschini im Gewerkschaftshimmel angeschlossen, wo ich sicher bin, dass sie einen Frauenstreik organisiert, um ihn gleichberechtigter zu gestalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und einen schönen 1. Mai 2025!